
Auf dem (Rück-) Weg zur „Demokratiewissenschaft“?

Anmerkungen zur Parteien- und Wahlforschung

Gerd Mielke und Ulrich Eith

1 Einleitung

In der Politikwissenschaft, wie auch in allen anderen Disziplinen der modernen Sozialwissenschaften, hat über Jahrzehnte hinweg eine ungebrochen intensive Differenzierung und Spezialisierung der Forschung zur Herausbildung immer neuer Forschungsfelder geführt. Auf diesen neuen Forschungsfeldern haben sich in aller Regel sehr zügig auch neue, spezifische theoretische und methodische Diskurse etabliert. Diese lassen im fachgeschichtlichen Rückblick zwar noch immer gemeinsame thematische Ausgangspunkte und Schnittstellen erkennen, aber schon nach relativ kurzer Zeit geraten die in der Sache und in der historischen Wirklichkeit ja nach wie vor gegebenen Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den nunmehr eigenständigen Forschungsfeldern kaum noch in den Blick. Das Verhältnis von Parteien und Wählern ist ein besonders augenfälliges Beispiel für diesen Hang zur Spezialisierung, Ausdifferenzierung und Abkapselung neuer Forschungsfelder mit jeweils eigenständigen Forschungslogiken.

Seit der Etablierung der deutschen Politikwissenschaft in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten war die Forschung zu den Parteien und ihren Wählern ein Bereich, in dem stets auch Kernfragen der neuen Demokratie im Lichte empirischer Analysen kritisch erörtert wurden. In der historischen und auch aktuellen politischen Wirklichkeit, wie man sie auch immer wahrnehmen und interpretieren mag, sind Parteiensysteme, die in ihnen agierenden Parteien und das Wählerverhalten in all seinen Antrieben und Manifestationen stets eng aufeinander bezogen. Zwischen beiden besteht keine lineare oder mechanische Verbindung,

sondern eine sich potentiell stets erweiternde Vielfalt von Zusammenhängen. Immer gilt jedoch: Wählerinnen und Wähler treffen ihre Wahlentscheidung stets vor dem Hintergrund und im Kontext der jeweils vorhandenen parteipolitischen Alternativen. Die konkrete Ausprägung des Parteiensystems und seiner Parteien wiederum ist gleichermaßen das Resultat des Handelns parteipolitischer Akteure auf der Angebotsseite sowie des Wählerverhaltens auf der Nachfrageseite über die Zeit hinweg. Entsprechend sind in den heuristischen Modellen der Klassiker der Parteiensystem- und Wahlforschung wie Seymour M. Lipset und Stein Rokkan, M. Rainer Lepsius oder auch Karl Rohe beide Bereiche eng aufeinander bezogen¹. Im Zuge der Ausdifferenzierung haben sich nun die Wahl- und die Parteiensystemforschung als weithin eigenständige Fachgebiete herausgebildet, wobei sich insbesondere die Wahlforschung frühzeitig zu einer streng empirisch-analytischen Disziplin im Sinne des kritisch-rationalen Wissenschaftsverständnisses nach Karl Popper entwickelt hat.

Der Hinweis auf die Etablierung zweier eigenständiger Fachgebiete mit entsprechend eigenständiger Repräsentanz im akademischen Gefüge muss allerdings um den Verweis auf eine natürlich auch innerhalb der Parteienforschung sowie der Wahlforschung fortschreitende Arbeitsteilung in theoretische Schulen und themenspezifische Teilgebiete mit jeweils quicklebendigen und vielgestaltigen Projekt-Universen erweitert werden. Und ebenfalls sollte man der Vollständigkeit halber hinzufügen, dass sich die Entwicklungen der Forschung zu Parteiensystemen, Parteien und Wählern natürlich nicht allein auf diese ausdifferenzierten Sprösslinge der politikwissenschaftlichen Parteien- und Wahlforschung beschränken. Eine Vielzahl mehr oder minder unmittelbar benachbarter „alter“ und „neuer“ Sozialwissenschaften wie die Soziologie, die Publizistik, die Medien- und Kommunikationswissenschaften, aber auch Bereiche etwa der Sprachwissenschaften oder der Sozialpsychologie steuern mittlerweile ebenfalls Forschungsbeiträge zu dem immer breiteren, immer differenzierteren Themenfeld „Parteien und Wahlen“ bei.

Diese, hier nur holzschnittartig skizzierte Entwicklung der Parteien- und Wahlforschung wirft seit geraumer Zeit grundsätzliche Fragen auf: Lassen sich die zahlreichen Einzelstudien und Projekte, die diesen zentralen, die politische Legitimität der westlichen Demokratien umfassenden Themenbereich bearbeiten,

1 Hinzu treten in den Partei- und Wahlstudien bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts häufig noch normative Bezüge, die sowohl das Agieren der Parteien und ihrer Eliten als auch das Verhalten der Wähler und seine Ursachen vor dem Hintergrund verschiedener demokratietheoretischer Modelle und Vorstellungen bewerten. So hat etwa ein Teil der klassischen Studien der amerikanischen Wahlforschung auch in der Bundesrepublik die Kontroversen über die so genannte „reduktionistische“ oder „revisionistische“ Demokratietheorie maßgeblich befeuert.

überhaupt noch in ihren Zusammenhängen und Wechselbezügen erfassen? Und spielen die Befunde der akademischen Parteien- und Wahlforschung in den öffentlichen Debatten zur Parteiendemokratie und zum Wählen eine angemessene, eine aufklärerische Rolle? Ein vor kurzem erschienener Band über „moderne Mythen“ zum Wahlverhalten meldet hier Zweifel an². Eine Reihe von populären „Mythen des Niedergangs“ erweist sich, so der Tenor der verschiedenen Beiträge von ausgewiesenen Experten des Fachs, als nicht haltbar. Zwei Beispiele aus diesem Mythen-Kosmos: Weder leben wir jenseits von Links und Rechts, noch gibt es einen Trend zunehmender Personalisierung bei den Wahlentscheidungen, wie in vielen Medienbeiträgen dennoch unbeirrt behauptet wird. Kein Wunder, dass bei dieser doch recht fest verwurzelten Mythologie angesichts manch krisenhafter Verwerfungen im Verhältnis von Parteien und Wählern die besorgten Debatten um den Zustand der Demokratie dringlicher geworden sind. Können und sollen die vielfältigen Befunde der Parteien- und Wahlforschung Orientierung in diesen Diskussionen bieten? Diese Frage fordert den einzelnen Parteien- und Wahlforscher, aber auch die Zunft als Ganzes heraus.

Oskar Niedermayer, den es hier zu würdigen gilt, hat mit seinen zahllosen Beiträgen auf dem Gebiet der Parteienforschung, aber immer wieder auch unter gezieltem Einbezug der Wahlforschung, beispielhaft demonstriert, mit welchen theoretischen und methodischen Zugriffen die verschiedenen, scheinbar auseinanderstrebenden Forschungsfelder aufeinander bezogen werden können. Seine Arbeiten erstrecken sich dabei von der Mikroebene der Parteimitglieder bis hin zu den von ihm entwickelten und systematisierten Kriterien und Kennziffern zur Struktur von Parteiensystemen. Seine jährlich erscheinenden Fortschreibungen der Mitgliederzahlen der deutschen Parteien und ihre Aufbereitung haben schon seit geraumer Zeit den Charakter emsig erwarteter, amtlicher Verlautbarungen angenommen. Andererseits gelang es ihm mit seinen Strukturmodellen, das vergleichende Studium von Parteiensystemen auf nationaler und regionaler Ebene innovativ und nachhaltig voranzutreiben und auch die Forschungen auf diesem Feld methodisch wieder anschlussfähig etwa an die empirisch-analytischen Stu-

2 Siehe hierzu das von Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher (2011) herausgegebene Buch „Der unbekannte Wähler. Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen“. Besonders lesenswert sind hier die Beiträge von Philipp Scherer zur Rolle der Ideologie beim Wählen, von Aiko Wagner zur vermeintlichen Personalisierung der Politik und schließlich der Beitrag von Armin Schäfer über das Sozialprofil der Nichtwähler, die größtenteils unter den Angehörigen der statusschwachen sozialen Gruppen zu finden sind.

dien zum Wählerverhalten zu machen³. Zwischen diesen Polen seiner Forschung zu den Mitgliedern und zu den Parteiensystemen legte er umfassende Untersuchungen zu einzelnen Parteien und ihrem Hintergrund (Niedermayer 2013b), wie auch zu einzelnen Wahlen (Niedermayer 2015) und den in ihnen zutage tretenden Entwicklungen vor, insgesamt eine Forschungsbilanz, die den Charakter der Politikwissenschaft als eine synoptische und in diesen Themenbereichen immer auch historisch-zeitgeschichtliche Wissenschaft einmal mehr unter Beweis stellt.

Aus Niedermayers Versuchen, Parteien- und Wahlforschung wieder stärker aufeinander zu beziehen, lassen sich – über den Hinweis auf seine beeindruckende akademische Leistungsbilanz hinaus – einige allgemeine Problemstellungen identifizieren, mit denen die beiden früher eng verknüpften, jetzt sich ausdifferenzierenden Forschungsfelder Parteien- und Wahlforschung den öffentlichen Diskurs anreichern können.

2 Das deutsche Parteiensystem auf dem Prüfstand

Die Krisendiagnosen zum Verhältnis von Parteien und Wählern in Deutschland in Publizistik und Wissenschaft sind keineswegs alle neu. Angesichts rückläufiger Parteibindungen und eines anwachsenden Vertrauensverlusts gegenüber Politikerinnen und Politikern werden dem Parteiensystem seit nunmehr Jahrzehnten immer wieder massive Defizite hinsichtlich seiner Stabilität und Funktionalität attestiert: Die früher starken Volksparteien verlieren ihre milieuübergreifenden Bindungskräfte, die Fragmentierung des Parteiensystems nimmt zu durch die Etablierung zusätzlicher kleinerer Parteien bei gleichzeitiger Abnahme der ideologischen Polarisierung zwischen den einstmals unumstritten dominierenden Christ- und Sozialdemokraten, der Anteil der Nichtwähler steigt, seien diese schlicht politisch nicht interessiert oder aber vom politischen Betrieb nachhaltig frustriert.

In vielen Redaktionsstuben gehören diese quantitativ messbaren, unbestrittenen Veränderungen gegenüber der Situation in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik zum journalistischen Allgemeinwissen. Kaum ein Leitartikel zum Parteiensystem und zum politischen Wettbewerb, der diese Indikatoren nicht als Beleg für eine Krise des Parteiensystems – wenn nicht gleich auch des gesamten politischen Systems – anführt, der sich dieser Endzeitstimmung entzieht. Wurde als erfolversprechende Gegentherapie noch bis in die 1970er Jahre hinein vor

3 Einen Überblick über Oskar Niedermayers vielfältige Beiträge zu verschiedenen Aspekten der Parteienforschung gibt das Handbuch Parteienforschung (Niedermayer 2013a).

allem die Einführung des britischen Mehrheitssystems gefordert, liegen heute die Hoffnungen vieler ganz offensichtlich auf der heilsamen – sprich: zum politischen Engagement motivierenden – Wirkung eines umfangreichen Ausbaus partizipativer Beteiligungs- und Entscheidungsformen. Offen, unbeachtet bleibt sowohl bei den Krisendiagnosen als auch bei den Therapievorschlügen in aller Regel, dass die messbaren Veränderungen auf Aggregatsebene – also für die Gesellschaft als Ganzes – das Resultat ganz unterschiedlicher, teilweise auch gegenläufiger Prozesse im Detail bei zudem unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen sind, abhängig erstens von dem jeweils vorherrschenden Bild von der Demokratie und der damit verbundenen Bürgerrolle, wie sie etwa völlig konträr zueinander Joseph Schumpeter und Benjamin Barber skizziert haben, abhängig und verursacht zweitens in jeweils unterschiedlichem Maße von Prozessen des sozialen Wandels oder auch drittens vom politischen Handeln der Parteiführungen.

Zu fragen ist also, ob die Bilder vom Niedergang der Volksparteien und der Auflösung aller Parteibindungen überhaupt hinreichend mit der Realität übereinstimmen. Haben – damit zusammenhängend – die traditionellen Konfliktlinien und sozialstrukturell verankerten Frontstellungen des politischen Wettbewerbs heutzutage keine Bedeutung mehr? Zu fragen ist aber weiterhin auch, wie es der Wissenschaft mit Blick auf Politikberatung und öffentliche Rezeption wissenschaftlicher Befunde gelingen kann, die vielfältigen, in ihren Grundannahmen teils auch konträren Befunde für die Öffentlich hinreichend konsistent zu verdichten und in seinen theoretisch-methodischen Bedingtheiten darzustellen.

Ganz ohne Zweifel erleben wir derzeit einen tiefgreifenden Strukturwandel des deutschen Parteiensystems, die vorläufig letzte Etappe vom Zweieinhalb- zum Fünf- oder auch Sechs-Parteiensystem, wie es sich mit ziemlicher Sicherheit nach der Bundestagswahl im September 2017 darstellen wird. Nach einer ersten Konsolidierungsphase zu Beginn der Bundesrepublik waren die 1960-er und 1970-er Jahre von der Logik des „Zweieinhalb-Parteien-systems“ bestimmt. Die Union war Sammelbecken für kirchlich – vornehmlich katholisch – gebundene und ländlich-konservative Wählergruppen, die sozialdemokratische Anhängerschaft umfasste den gewerkschaftsnahen, städtischen Arbeitnehmerbereich sowie protestantische und säkularisierte Wähler. Zwischen diesen beiden Volksparteien bewegte sich als entscheidende Königmacherin die FDP. Mit ihren beiden Flügeln – dem wirtschaftsnahen, alten Mittelstand sowie dem neuen, sozial-liberalen Mittelstand – wies sie ideologische und koalitionspolitische Nähen sowohl zur Union als auch zur SPD auf. Dennoch war die bürgerliche Mehrheitsfähigkeit gefestigt. Die sozialdemokratischen Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt konnten nur mit Hilfe eines Koalitionswechsels der Liberalen ins Amt gelangen.

Mit dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen in den späten 1970-er Jahren veränderte sich der politische Wettbewerb. Gestützt auf die neuen alternativen Milieus in den Universitäts- und Großstädten mit eigenständigen Lebensstilen und Politikvorstellungen gelang den Grünen zu Beginn der 1980-er Jahre die bundesweite Etablierung. Das Parteiensystem erweiterte sich zur bipolaren Frontstellung. Gemäß dem vom damaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler skizzierten Lagerdenken stand dem bürgerlichen Lager bestehend aus CDU, CSU und FDP fortan der links-alternative Block aus Sozialdemokratie und Grünen gegenüber. Lagerübergreifende Koalitionen waren bestenfalls auf Länderebene denkbar, etwa die langjährige sozial-liberale Koalition in Rheinland-Pfalz nach 1991.

Mit der deutschen Einheit 1990 erfuhr das Parteiensystem einen weiteren, nachhaltigen Wandlungsschub, wenngleich dies in Westdeutschland zunächst nur wenig Beachtung fand. Während im Westen die politischen Wahrnehmungen und Strategien weiterhin durch das Lagerdenken bestimmt wurden, etablierte sich in Ostdeutschland ab 1990 ein Drei-Parteiensystem aus Union, Sozialdemokratie und PDS (heute: Die Linke), der Nachfolgepartei der alten DDR-Staatspartei. CDU und PDS bildeten hierbei die ideologischen Gegensätze, die SPD bewegte sich zwischen diesen beiden Polen in einer bis dahin ungewohnten Mittellage. Die beiden kleineren westdeutschen Parteien der gehobenen Mittelschichten – FDP und Grüne – konnten im Osten zunächst nicht richtig Fuß fassen. Der PDS wiederum gelangen bis zur Bundestagswahl 2005 keine nennenswerten Wahlerfolge im Westen.

Eine schematische Bewertung dieser Erweiterungen des Parteiensystems von drei auf nunmehr fünf Parteien als krisenhafter Verfallsprozess verfehlt die Realität. Vielmehr spricht es für die Flexibilität und Adaptionfähigkeit des gefestigten deutschen Parteiensystems, wie zügig und letztlich politisch problemlos zwei neue gesellschaftliche Milieus – das sich neu herausgebildete alternative sowie das die DDR überdauerte sozialistische Milieu – in das Parteiensystem und somit politisch-gesellschaftlich integriert werden konnten. Dass sich damit die Mehrheitsverhältnisse und die Funktionslogik zur Erlangung dieser Mehrheiten ändern, liegt auf der Hand. Die bis dato auf Bundesebene über Jahrzehnte gefestigte bürgerliche Mehrheitsfähigkeit war geschliffen, Sozialdemokraten und Grüne erlangten 1998 selbst ohne die Postsozialisten eine eigenständige Mehrheit im Bund. Bemerkenswert ist hierbei allerdings, dass Union und Liberale bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 allein in Westdeutschland noch immer eine knappe bürgerliche Mehrheit erzielen konnten.

Die Überwindung des nach Ost und West geteilten Parteienwettbewerbs und die Herausbildung eines gemeinsamen Parteiensystems erfolgten dann in mehreren Etappen als Konsequenz der Spaltung der SPD zwischen 1999 und 2005

durch den Reformkurs der SPD unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Der von der rot-grünen Bundesregierung initiierte Umbau des deutschen Wohlfahrtsstaates führte zu einer wachsenden Entfremdung sozialdemokratischer Traditionswähler vorwiegend aus den unteren Mittelschichten von ihrer Partei. Der Schröder-Regierung gelang es im Eifer des eigenen Reformkurses nicht, den sozialdemokratischen Markenkern – die soziale Gerechtigkeit – gegenüber den eigenen Anhängern gebührend mit Inhalt zu füllen und entsprechend zu kommunizieren. Angesichts der weit verbreiteten Wahrnehmung einer fortschreitenden sozialen Spaltung der Gesellschaft vermochte es die Sozialdemokratie immer weniger, sich weiterhin glaubwürdig als verlässliche Anwältin der „kleinen Leute“ darzustellen. Ab 2004 führte die Entfremdung zwischen Parteispitze und Traditionalisten dann zur Entstehung von zunächst lockeren Zusammenschlüssen von enttäuschten SPD-Anhängern, Gewerkschaftlern und – zumindest in größeren westdeutschen Städten – Mitgliedern ehemaliger K-Gruppen. Als Leitfigur stellte sich der ehemalige SPD-Vorsitzende und ideologische Gegenspieler von Schröder, Oskar Lafontaine, an die Spitze dieser Protestbewegung. Und schrittweise erfolgte bis 2007 die Vereinigung mit der ostdeutschen PDS zur gesamtdeutschen Linkspartei. Durch deren Einzug in westdeutsche Landesparlamente 2008 bekam die PDS (Die Linke) nun eine realistische – letztlich aber nicht realisierte – Chance, ihren bisherigen Status als ostdeutsche Volkspartei und westdeutsche Splitterpartei zugunsten einer gesamtdeutschen Linkspartei um- und auszubauen.

Eine vergleichbare Entwicklung hat die Union seit 2005 unter Bundeskanzlerin Angela Merkel erlebt. Ausgangspunkt der innerparteilichen Spannungen war die Familienpolitik und der Beginn des Ausbaus der Kleinkinderbetreuung von Ursula von der Leyen während der Großen Koalition 2005-2009. Aus Sicht ihrer konservativen Kritiker handelte es sich hierbei schon fast um eine Kulturrevolution, zumindest jedoch um eine grundsätzliche Infragestellung des Bildes der Familie und der Geschlechterrollen in der Gesellschaft – einem zentralen normativen Identifikationskern christdemokratischer Traditionswähler.

Inzwischen ist die Liste der Themen gesellschaftlicher Modernisierung deutlich länger geworden. Die Abschaffung der Wehrpflicht, die Besserstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften, der Atomausstieg und die Energiewende – all dies sind für die Union keine (grünen) Tabuthemen mehr, sondern Projekte der christdemokratischen Parteivorsitzenden und Kanzlerin. Die Auseinandersetzungen um ihre Flüchtlingspolitik tangierten nicht nur einen weiteren zentralen, jahrzehntelang beschworenen Identifikationskern konservativer Christdemokraten – „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Diese Auseinandersetzungen wurden zumindest in konservativen Kreisen auch durch die jahrelangen Zumutungen und Frustrationen über den gesamten Modernisierungsprozess angeheizt.

Nur so erklären sich letztlich die hasserfüllten Slogans „Merkel muss weg!“ und die plötzlich bei manchen Konservativen wieder neu entdeckte Begeisterung für die gesellschaftlichen Zustände der 50-er und 60-er Jahre – allen voran neben der rechtspopulistischen AfD vor allem auch die CSU als Stichwortgeber über Monate hinweg. Wie der CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer nun gut ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl 2017 seine Partei nach all den monatelangen Frontalangriffen gegen die Bundesregierung für einen engagierten Merkel-Wahlkampf mobilisieren will, bleibt abzuwarten.

Dieser kurze Überblick zeigt im Falle von SPD und Union vor allem Eines: Die inhaltlich-programmatischen Positionsveränderungen – häufig als notwendige Modernisierungsprozesse dargestellt – sind von den Parteispitzen initiiert worden und gehen zu Lasten der bisherigen Stärke der Partei im Wählermarkt. Statt erhoffter Zugewinne in der (vermeintlich) reformfreudigen gesellschaftlichen Mitte dominieren die Enttäuschungen in den Traditionskompanien. Fast bitterer noch, der größte Beifall kam jeweils vom politischen Gegner, im Falle der Schröderschen Agenda-Politik von der Union, im Falle von Merkels gesellschaftlicher Modernisierung von den Grünen. Und überdies haben beide Volksparteien den Parteien am äußeren Rand des Parteienspektrums – der Linken ebenso wie der AfD – Steilvorlagen für eine erfolgreiche Etablierung auf Bundesebene geliefert. Das wirft schon die Frage auf, wie groß die Modernisierungs- und Reformspielräume der Parteien eigentlich sind, wie eine erfolgreiche Kommunikationsstrategie aussehen muss, welche Narrative notwendig sind, um auch die Traditionskompanien in der Wählerschaft für Veränderungen zu gewinnen. Je nach Analyseperspektive fallen die Antworten hierauf sehr unterschiedlich aus.

Noch viel grundsätzlicher ist in Frage zu stellen, ob diese Modernisierungsverluste der beiden Parteien wirklich nur durch kommunikative Fehler zustande gekommen sind. Im Lichte der ehrwürdigen Cleavage-Theorie zumindest liegen die Fehler vor allem darin, dass die Parteiführungen die für ihre Partei identitätsstiftenden Konfliktlinien zu sehr außer Acht gelassen haben, keine überzeugende Neuinterpretation des zentralen Cleavage-Narrativs (Mielke 2001) geliefert und so den themenbezogenen Pakt zwischen politischen Eliten und Wählergruppen letztlich einseitig partiell aufgekündigt haben.

Den durch die Parteiführungen ausgelösten politischen Frustrationen und Ernüchterungen versuchen die Parteien aktuell allerdings auf ganz anderen Ebenen entgegenzuwirken. Die Ausweitung partizipativer Beratungs- und Entscheidungsformen hat inzwischen auch die Parteiorganisationen erreicht. Experimentiert wird mit themenbezogenen Mitgliedschaften, mit Plebisziten zur Auswahl des Spitzenpersonals und selbst zur Annahme von Koalitionsverträgen. Es lässt sich sicherlich darüber streiten, ob ein repräsentatives System prinzipiell mit Elementen

ten der partizipativen Demokratie angereichert werden sollte (Decker 2016). Von grundlegender Bedeutung muss auf jeden Fall sein, die Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern genauestens zur Kenntnis zu nehmen. Denn in der Tat erwartet eine kleine Minderheit bessere und effektivere Mitsprachemöglichkeiten. Ein weit größerer Teil jedoch erwartet von der Politik effektive Problemlösungen. Die Diskussionen hierüber stehen erst am Anfang. Aber häufig herrscht zu große Unklarheit über die relevanten empirischen Befunde, über die intuitiv unterstellten demokratischen Rollenverständnisse von Bürgerinnen und Bürgern oder auch über die jeweils präferierten Demokratiekonzeptionen der an den Diskussionen Beteiligten. Eine Orientierungsfunktion, die die Politikwissenschaft in der Politikberatung und für die Öffentlichkeit aus der Tradition des Faches als praktische Wissenschaft heraus eigentlich wahrnehmen sollte, kann so nur schwerlich eingelöst werden.

3 Diskussionsfronten und Diskussionsforen

Die Mehrzahl der in diesem kurzen Überblick angesprochenen Krisensymptome beschränkt sich keineswegs nur auf die Bundesrepublik Deutschland. Prekarisierung und Entfremdung in Teilen der Wählerschaft, nachlassende politische Partizipation und insbesondere sinkende Wahlbeteiligung, wachsende Distanz zu den etablierten Parteien, das Aufkommen autoritärer und rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien deuten auf eine krisenhafte Entwicklung in fast allen westlichen Demokratien hin. Damit hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten eine Situation ergeben, in der nahezu alle Parteien- und Wahlstudien unversehens einen „demokratiewissenschaftlichen“ Anstrich erhalten. Immer wieder haben sie es bei durchaus ähnlichen Themenfeldern wie noch in den 1980er und 1990er Jahren nun mit Veränderungen zu tun, die die vormalige Stabilität der westlich-liberalen Demokratien in Frage stellen. Routiniert erhobene Befunde zur Parteibindung in der Wählerschaft oder zur Mitgliederentwicklung leiten nur allzu oft zu Besorgnis um die auch schon mittelfristige Aufrechterhaltung der demokratischen Funktionen von Parteien und Wahlen über.

Für die Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist diese, gewissermaßen stetig implizierte normative Aufladung wissenschaftlicher Befunde keine prinzipiell neue Erfahrung – auch wenn viele der gegenwärtig in Forschungsvorhaben engagierten, vor allem jüngere Wissenschaftler diese unverhoffte Zuschreibung eines normativen Wächteramtes aus wissenschaftstheoretischen Gründen vermutlich zurückweisen würden. Dabei hatte sich die Politikwissenschaft in der Bundesrepublik in der ersten Phase ihrer Etablierung bis gegen Ende

der 1960er Jahre in aller Regel explizit als „Demokratiewissenschaft“ verstanden. Nach der politischen und moralischen Katastrophe des Nationalsozialismus sah sich die junge Disziplin mit ihren so unterschiedlichen wissenschaftlichen und philosophisch-normativen Wurzeln dem Leitbild einer grundsätzlich stör anfälligen und gefährdeten demokratischen Ordnung verpflichtet. Dieses Leitbild stellte mit großer Selbstverständlichkeit den Deutungs- und Bewertungsrahmen für die Forschungsprojekte und -ergebnisse jener frühen Jahre dar.

In den folgenden Jahrzehnten verlor dieser Bewertungsrahmen jedoch unter dem Eindruck sowohl der Stabilität als auch der Ausbreitung demokratischer Systeme in Europa – nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik selbst – viel von seiner anfänglichen Selbstverständlichkeit und Akzeptanz. Hinzu kam gerade in den Sozialwissenschaften der unaufhaltsame Siegeszug des dem kritischen Rationalismus verpflichteten empirisch-analytischen Wissenschaftsverständnisses mit seinem Postulat der Wertfreiheit. Dass Karl Popper wie übrigens ebenso bereits Max Weber hierbei nicht einer grundsätzlichen Werteabstinenz, sondern vielmehr einer Transparenz von Werturteilen sowie der interpersonellen Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit sozialwissenschaftlicher Forschung und ihrer Ergebnisse das Wort reden, ist in Teilen der Sozialwissenschaften bis heute offensichtlich nicht ausreichend zur Kenntnis genommen worden. Auf jeden Fall wurde der anfangs noch gezielt betriebene Austausch zwischen Wissenschaft und politischer Öffentlichkeit schwächer und seltener. Die Folgen dieses allmählichen Wandels für den Wissenschaftsbetrieb sind zwiespältig. Einerseits kommt die Dynamik der differenzierten Forschung ungebremszt zur Entfaltung und befördert das Aufkommen, die Ausdehnung und Verfestigung entsprechender Fachcommunitys aus Wahl- und Parteienforschern, Soziologen, Sozialpsychologen, Medien-, Kommunikations- und Sprachwissenschaftlern. Andererseits nimmt vielerorts die Bereitschaft ab, den Forschungsbetrieb und seine Ergebnisse über die Grenzen eben jener speziellen Communitys hinaus darzustellen und diskutieren und bewerten zu lassen, ein Hang, der wiederum im Lauf der Zeit das Interesse eben jener Kreise außerhalb der Fachcommunitys schwinden lässt. Erst vor kurzem hat Carlo Masala (2017), der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, in einem längeren Zeitungsbeitrag die „Marginalisierung der Politikwissenschaft im öffentlichen Diskurs“ und eine damit verbundene, inhaltsleere und irrelevante Professionalisierung scharf kritisiert. Man braucht sich diesem pauschalen Verdikt nicht in vollem Umfang anzuschließen. Allerdings werden auf dem hier betrachteten Feld der Parteien- und Wahlforschung zumindest deutliche Ansätze eines Rückzugs auf vorrangig „theoretische und methodische Kompetenzen“ sichtbar. Was ist also zu tun?

Für die Parteien- und Wahlforschung zeichnen sich in dieser offenkundigen Umbruchsituation mit ihren beunruhigten Krisensymptomen zwei strategische Op-

tionen ab, mit denen sich die Erkenntnispotentiale der Disziplin spürbarer und im Sinne einer systematisch aufklärerischen Funktion in die öffentliche Diskussion, aber auch wiederum in die Fortsetzung des wissenschaftlichen Diskurses einbringen ließen. Zum einen kommt es darauf an, aus der ungeheuren Vielzahl der vorliegenden Studien die Themenfelder und Fragestellungen zu identifizieren, die sich auf die Krisensymptome der bundesrepublikanischen Parteiendemokratie – hier stellvertretend für die westlichen Demokratien – beziehen. Zum anderen erscheint die Suche nach Foren hilfreich, auf denen es sinnvoll und eventuell auch kontinuierlich zu einem Austausch zwischen der Parteien- und Wahlforschung und einem öffentlichen Umfeld kommen kann. Beides gehört überdies in der Sache zusammen: Die Suche nach den drängenden Themenfeldern und Fronten der Diskussion sollte nach Möglichkeit durch die Suche oder die Konstruktion von tragfähigen Diskussionsforen ergänzt werden.

Ein Rückblick auf die Projekte und Befunde der Parteien- und Wahlforschung der letzten Jahre lässt einige Studienschwerpunkte erkennen, die besonders deutlich auf kritische Verwerfungen in der bundesdeutschen Parteiendemokratie hindeuten.

In der Wahlforschung rücken in erster Linie Studien in den Mittelpunkt des Interesses, die sich mit verschiedenen Formen der politischen Teilhabe, ihren ökonomischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen und der Transmission von Interessen und Bedürfnissen innerhalb der Wahlbevölkerung in die Sphäre der Entscheidungsfindung in den Parteien bzw. in den von den Parteien geprägten Entscheidungsgremien befassen. Hier deutet sich zum einen die breite Renaissance von empirischen Studien zum „political man“ an, die in den 1950er und 1960er Jahren entscheidende Einsichten in die Partizipationsmuster in den unterschiedlichen westlichen Gesellschaften hervorbrachten. Zum anderen spricht einiges dafür, diese eher individuellen Partizipationsmuster und ihre Kontexte in eine umfassende, an die Cleavage-Theorie angelehnte Analyse der gesellschaftlich relevanten Großgruppen und ihrer Zugriffe auf die Politik einzubetten. Die gegenwärtig in Gang gekommene Diskussion etwa um ein eventuelles Globalisierungs-Cleavage (Schmidt 2015) zeigt hier in eine sinnvolle Richtung. In diesen Kontext gehören wohl auch Versuche, an die klassischen Milieutheorien anzuknüpfen, wie sie Armin Schäfer etwa mit seinen Untersuchungen zur Wahlbeteiligung vorgeführt hat. Hierzu zählt wohl aber auch eine (selbst-) kritische Auseinandersetzung mit Milieu-Modellen, die oftmals allein wegen ihrer Datengrundlagen nicht über fortgeschrittene Konsumentenmodelle hinausweisen. Demgegenüber sollte wieder – auch durch entsprechende methodische Vorkehrungen – in den Vordergrund treten, dass die klassischen Milieus etwa bei Lepsius durch lebensweltliche und räumliche Nähe, durch gemeinsame Erfahrungen und organisatorische Bezugs-

punkte konstituiert waren, Merkmale, die immer noch von der Stadtforschung in einer Reihe von Gebietseinheiten identifiziert werden können. Diese Akzentuierungen der langfristigen Bedingungen des Wählens und der politischen Teilhabe können auch dabei behilflich sein, die medial oft ziemlich aufgeplusterten Befunde über die Wirkung von Fernsehdebatten oder sprachlichen „Frames“ zu relativieren. Dies mag zwar das Märchen entzaubern, Wahlen seien jeweils von neuem und mit großem Geschrei gestartete „horse races“ mit offenem Ausgang, aber zweifellos gibt es auch noch andere schöne Märchen.

Demgegenüber scheinen in der Parteienforschung neben den etablierten Forschungsfeldern in den kommenden Jahren vor allem Fragen nach der Responsivität von Parteieliten auf den unterschiedlichen Ebenen und ihrem Habitus bzw. ihren habituell begründeten Reaktionen und Präferenzen von großer Bedeutung zu sein (Reinhardt 2011, S. 177-196). Angesichts der methodischen Schwierigkeiten, die eingeschliffenen Muster der Selbstinszenierung bei Mitgliedern politischer Eliten in Interviews zu unterlaufen, werden eventuell neue Varianten der Habitus- oder der ethnographischen Analyse neues Gewicht erlangen.

Daneben wird in den kommenden Jahren sicher von besonderem Interesse sein, wie sich fruchtbare Brückenschläge zwischen den mittlerweile so deutlich separierten Forschungsfeldern der Parteien- und Wahlforschung bewerkstelligen lassen. So hat sich bislang die Dealignment-Kontroverse in der Wahlforschung um die eventuelle Auflösung von Parteibindungen vorrangig auf die teilweise dramatischen Umbrüche im sozialen, kulturellen und kommunikativen Umfeld der Wähler als Erklärungsfaktoren konzentriert. Die Abkehr der Parteieliten von vormaligen ideologischen Positionen und daraus resultierende Responsivitätsdefizite gegenüber ganzen Wählersegmenten, wie sie in den letzten beiden Jahrzehnten in Deutschland besonders bei den Sozial- und Christdemokraten sichtbar wurden, haben demgegenüber in der Dealignment-Debatte nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Besonderes Gewicht im Kontext einer „demokratiewissenschaftlichen“ Ausrichtung der Parteien- und Wahlforschung hat schon heute sowohl die auf die Wähler als auch die politischen „Anbieter“ bezogene Analyse direktdemokratischer Verfahren als mögliche Ergänzung oder Erweiterung der Teilhabeformen auch in repräsentativen Mehrheitsdemokratien im Lijphartschen Sinne. Hier geht es gleichermaßen um die Kompatibilität der direktdemokratischen Verfahren mit der Entscheidungslogik der repräsentativen Demokratie wie um die Kompatibilität der direkten Demokratie mit den in den letzten Jahren stetig gewachsenen prinzipiellen Teilhabewünschen. Auf der einen Seite weist Frank Decker durchaus zurecht unter anderem darauf hin, dass Referenden sich in der parlamentarischen Demokratie immer auch der im Parlament unterlegenen Opposition als Optionen

für ein „Wiederholungsspiel“ anbieten; auf der anderen Seite zeigen eine Reihe von Beispielen, so etwa der Volksentscheid über „Stuttgart 21“ im November 2011, dass direktdemokratischen Verfahren eine ausgesprochen befriedende Funktion in höchst konfliktiven Situationen zukommen können. Im bundesrepublikanischen Kontext der parlamentarischen Demokratie werden die direktdemokratischen Verfahren des Referendums und der Initiative also nicht so einfach die beiden elementaren institutionellen Funktionen als „Bremse“ und „Gaspedal“ wahrnehmen können, die ihnen Wolf Linder für die Konsensdemokratie der Schweiz zuschreibt (Linder 2005, S. 241-300). Gleichwohl kann auch hierzulande allein die Verfügbarkeit direktdemokratischer Optionen durchaus Druck auf die Parteien ausüben und somit ihre politische Responsivität steigern (Eith und Mielke 2013).

Werfen wir nach dieser Betrachtung einiger Forschungsfelder, deren Bearbeitung die Parteien- und Wahlforschung als „demokratiewissenschaftliche“ Disziplinen mit krisenrelevanten Befunden aufwarten lässt, schließlich einen Blick auf mögliche Diskussionsforen, auf denen sich ein Austausch zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit organisieren und verstetigen lässt. Ganz bestimmt gibt es für die Bereitstellung entsprechender Möglichkeiten eine Fülle von Beispielen an den Hochschulstandorten der Bundesrepublik und ebenso gewiss auch beispielhafte Austauschprogramme zwischen politikwissenschaftlicher Forschung und einer weiteren Öffentlichkeit von unterschiedlichster Beschaffenheit. In diesem Sinne kann es also nicht um ein Organisationsrezept gehen, das dann mit missionarischem Eifer verbreitet wird. Allerdings spielt der weiter oben bereits eingeführte Verweis auf das Selbstverständnis der in den ersten Nachkriegsjahren etablierten Politikwissenschaft als „Demokratiewissenschaft“ in besonderer Weise auf die Freiburger Traditionen des Faches „Wissenschaftliche Politik“ an, die mit dem Gründer des Freiburger Seminars, mit Arnold Bergstraesser, und in seiner Nachfolge mit Dieter Oberndörfer verbunden sind. In diesem Kontext soll darauf verzichtet werden, das Wissenschaftsverständnis Bergstraessers und seiner Schüler von der Politikwissenschaft als „praktischer Wissenschaft“ in seinen philosophischen und normativen Dimensionen zu erörtern. In jedem Fall hat sich auch am Freiburger Seminar für Wissenschaftliche Politik seit den 1970er Jahren unter der Ägide Dieter Oberndörfers eine wissenschaftstheoretische Öffnung zu empirisch-analytischen Forschungsprojekten auf dem Feld der Wahl- und Parteienforschung und der Entwicklungsländerforschung sowie eine „friedliche Koexistenz“ auf der Ebene der hier aktiven Wissenschaftler mit immer zahlreicheren Vertretern des Kritischen Rationalismus vollzogen und besteht seither fort.

Für unser Thema viel bedeutsamer ist der Aufbau und Ausbau einer ganzen Reihe von institutionalisierten Foren auf Betreiben Arnold Bergstraessers, in denen es schon sehr früh zum systematischen Austausch zwischen Politikwissenschaft und

Öffentlichkeit kam. Leitlinie hierbei war immer, akademische (Grundlagen-)Forschung, wissenschaftliche Politikberatung und politische Bildung auf das Engste miteinander zu verzahnen. Als Brückenschlag zur Politikberatung erfolgte 1960 die Gründung des heutigen Arnold-Bergstraesser Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung sowie die Etablierung der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Eine Führungsrolle bei der Vermittlung fachspezifischer Diskurse nahm das so genannte Colloquium Politicum ein, welches einen eigenständigen Status mit einem speziell für das Colloquium zuständigen Referenten innerhalb des Studium Generale der Albert-Ludwigs-Universität innehatte (Oberndörfer 2017). In enger Kooperation mit dem Seminar für Wissenschaftliche Politik vermittelt das Colloquium Politicum auf diese Weise immer wieder Forschungsprojekte entweder des Freiburger Seminars selbst oder aber Forschungsbefunde aus anderen Hochschulen. Ebenfalls eng mit dem Seminar verbunden sind darüber hinaus das Studienhaus Wiesneck, ein 1958 ebenfalls von Arnold Bergstraesser gegründetes Institut für politische Bildung mit zunächst besonderer Ausrichtung auf die vielfältigen philosophischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Aspekte des damals aktuellen Ost-West-Konflikts, sowie anfangs die ersten organisatorischen Vorläufer der späteren Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Für den hier diskutierten Zusammenhang zwischen politikwissenschaftlicher Forschung und Öffentlichkeit ergibt sich aus den Freiburger Erfahrungen mithin die Anregung, den Austausch zwischen wissenschaftlicher Forschung und Öffentlichkeit nicht nur von thematischen oder persönlichen Zufälligkeiten abhängig zu machen, sondern ihn gewissermaßen zu verstetigen, indem man ihn institutionalisiert.

Zusammenfassend bleibt somit zu bilanzieren: Die unversehens in den letzten Jahren auf die Parteien- und Wahlforschung zugekommene Rolle als Teil einer „Demokratiewissenschaft“ in einer von Krisen gekennzeichneten Demokratie in diesem Sinne hieße also zunächst, empirische und normative Gesichtspunkte in den Forschungsprojekten stets aufeinander zu beziehen und gleichermaßen kritisch zu analysieren, durchaus auch im Sinne des kritischen Rationalismus, sowie im Anschluss dann, die entsprechenden Befunde überhaupt aus den Fachcommunities in den öffentlichen Bereich zu tragen. Dies bedeutet keinerlei Einschränkung etwa der theoretischen oder methodischen Komplexitäten, sieht man von der Leistung bei der sprachlichen Vermittlung in eine andere Community oder etwa die interessierte Öffentlichkeit ab. Zentral ist weiterhin eine Fokussierung auf Forschungsdesigns, mit Hilfe derer es gelingen kann, zum einen die aktuellen Befunde in einen historischen Entwicklungszusammenhang zu stellen, zum anderen eine gewisse Anschlussfähigkeit zu den etablierten Klassikern der Wahl- und Parteiensystemforschung herzustellen. Ohne diese Bezüge bleiben aktuelle Befunde für

sich alleine stehende Momentaufnahmen, die nur wenig zu der hier nachdrücklich geforderten Orientierungsfunktion der Forschungen zu Parteien und Wählern im Sinne einer Demokratiewissenschaft beitragen können.

Literatur

- Bytzek, Evelyn und Sigird Roßteutscher (Hrsg.). 2011. *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Decker Frank. 2016. *Der Irrweg der Volksgesetzgebung. Eine Streitschrift*. Bonn: Dietz
- Eith, Ulrich. 2009. Volksparteien unter Druck. Koalitionsoptionen, Integrationsfähigkeit und Kommunikationsstrategien nach der Übergangswahl 2009. In *Die Bundestagswahl 2009 Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, hrsg. Karl-Rudolf Korte, 117-129. Wiesbaden: Springer VS.
- Eith, Ulrich. 2014. Volksparteien in der Orientierungsphase? Innerparteiliche Frontstellungen und die Suche nach Koalitionsoptionen. In *Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*, hrsg. Eckhard Jesse und Roland Sturm, 95-111. Baden-Baden: Nomos.
- Eith, Ulrich und Gerd Mielke (Hrsg.). 2001. *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Eith, Ulrich und Gerd Mielke. 2013. Volksentscheide versus Parteiendemokratie? Das Lehrstück Stuttgart 21. In *Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg*, hrsg. Uwe Wagschal, Ulrich Eith und Michael Wehner, 155-166. Baden-Baden: Nomos.
- Eith, Ulrich und Gerd Mielke. 2016. Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien. In *Parteien und soziale Ungleichheit*, hrsg. Elmar Wiesendahl, 39-61. Wiesbaden: Springer VS.
- Linder, Wolf. 2005. *Schweizerische Demokratie. Institutionen. Prozesse. Perspektiven*. 2. Auflage. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.
- Masala, Carlo. 2017. Auf dem Rückzug. *Die Zeit* vom 9. Februar 2017, S. 60.
- Mielke, Gerd. 2001. Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan. In *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*, hrsg. Ulrich Eith und Gerd Mielke, 77-95. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Mielke, Gerd. 2013. Parteiensysteme, gesellschaftliche Konflikte und komplexe Wählermärkte. Zur Repräsentations- und Integrationsfähigkeit politischer Parteien. In *Handbuch Regierungsforschung*, hrsg. Karl-Rudolf Korte und Timo Grunden, 175-186. Wiesbaden: Springer VS.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.). 2013a. *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.). 2013b. *Die Piratenpartei*. Wiesbaden: Springer VS.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.). 2015. *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer VS.
- Oberndörfer, Dieter. 2017. Das *Colloquium politicum* der Universität Freiburg 1951-1999 – Ursprünge, die Ära Arnold Bergstraesser und Entwicklungen. *Freiburger Universitätsblätter Heft 215* (56).
- Reinhardt, Max. 2011. *Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmidt, Carmen. 2015. Die Transformation der Moderne: Konfliktstruktur und politisches System im Umbruch. In *Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten*, hrsg. Heiko Giebler, 361-395. Baden-Baden: Nomos.

Parteien, Parteiensysteme und politische
Orientierungen

Aktuelle Beiträge der Parteienforschung

Koschmieder, C. (Hrsg.)

2017, XII, 352 S. 7 Abb., 4 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-17921-2